

# Die Veterinärmedizin der DDR im Spannungsfeld von Fachauftrag und gesellschaftspolitischer Steuerung

H. Prange, J. Azar

Institut für Tierzucht und Tierhaltung mit Tierklinik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Deutschland

## Zusammenfassung

Die Entwicklung des Veterinärwesens in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) und der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) wird schlaglichtartig skizziert. Nach Vollendung der Kollektivierung der Landwirtschaft (1960) und dem Ausbau der Grenzbefestigungen zur Bundesrepublik (1961) wurde ein zentralistisch geführtes staatliches Veterinärwesen etabliert, das den Bedingungen der industriemässig organisierten Tierproduktion angepasst war. Die schrittweise Einordnung in die sozialistische Gesellschaft ging mit einer Erweiterung der tierärztlichen Berufsinhalte, einer vertikalen Arbeitsteilung im Veterinärwesen mit Hilfe neu geschaffener technischer Veterinärberufe und einer Durchdringung der Berufsgruppe mit gesellschaftspolitischen Vorgaben einher. Angesichts des hohen fachlichen Niveaus des Veterinärwesens der DDR bedarf dessen retrospektive Betrachtung einer differenzierten Bewertung, die die inhaltlichen und gesellschaftlichen Bedingungen beachtet. Die dem Veterinärwesen trotz Zentralismus und Indoktrination verbliebene fachliche Eigenständigkeit sowie Inseln der politischen Unabhängigkeit erhielten dem Beruf dessen Identität. Letztere bildeten die Basis zur Selbsterneuerung des ostdeutschen Veterinärwesens in der Wendezeit 1989/90.

**Schlüsselwörter:** DDR – Veterinärwesen – Tierproduktion – Verstaatlichung – gesellschaftspolitische Einflussnahmen

## Veterinary Medicine of the GDR in strained relations between technical order and political guidelines

The development of Veterinary Medicine in the Soviet Occupation Zone in Germany and the former German Democratic Republic (GDR) is sketched in highlights. After the collectivization of agriculture (1960) a centralistically controlled national veterinary system was established. It was suited to the requirements of the industrially organized animal production. The successive classification of socialistic veterinary administration was associated with the following matters: the extension of veterinary subject matters, a vertical division of work with the aid of newly created technical veterinary professions, and a penetration of the profession with political guidelines. As the professional level of the veterinary system in the GDR was relatively high the reflection in retrospective needs to be evaluated in a differentiated way considering the textual and social conditions. In spite of centralism and indoctrination the veterinary system remained professionally autonomous with islands of political independence, which sustained the identity of this profession. The latter formed the base for self renewal of the East German veterinary system at the end of the socialistic area 1989/1990.

**Key words:** GDR – veterinary system – animal production – nationalization – political guidelines

## Einleitung

In diesem Bericht wird eine kurze Übersicht zu den Entwicklungslinien, Strukturen und Problemen des Veterinärwesens in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gegeben. Die komplette Verstaatlichung aller Produktionsmittel und nahezu aller freien Berufe hat zu schweren Brüchen der Traditionen auch in der Landwirtschaft und Tiermedizin

geführt, die mit tiefreichenden existentiellen Einschnitten in die Lebens- und Arbeitsweise der beteiligten Personen verbunden waren. Die folgende Betrachtung zum Veterinärwesen der DDR erfordert daher einerseits Hinweise auf die strukturellen Veränderungen der Landwirtschaft und zum anderen eine Darstellung der intensiven Verflechtung von gesell-

schaftspolitischen und fachinhaltlichen Vorgaben und Gegebenheiten.

## Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Die «*Demokratische Bodenreform*» führte zur entschädigungslosen Enteignung aller Betriebe mit über 100 ha Gesamtfläche sowie des Grundbesitzes von «*Kriegsschuldigen*» und «*aktiven Verfechtern der Nazipartei*». Davon betroffen waren ab September 1945 insgesamt 7160 Grossgrundbesitzer (2 517 753 ha) und 4537 kleinere Betriebe (131 742 ha), deren Flächen an rund 209 000 Neubauern – ehemalige Landarbeiter und Bauern der abgetrennten Ostprovinzen – mit durchschnittlich 7,7 Hektaren verteilt wurden. Ausserdem erhielten etwa 80 400 kleine Betriebe zusätzlich mittlere 3,4 Hektaren zugewiesen (Krebs, 1989). Die Enteignung betraf etwa ein Drittel der Nutzfläche (LN), wodurch die wirtschaftliche und soziale Struktur auf dem Land einschneidend verändert wurde. Wiederum ein Drittel der enteigneten Flächen blieb im staatlichen Besitz und bildete die Grundlage der späteren «*Volkseigenen Güter*» (VEG). In der 1. Phase der Entwicklung (1945–52) wurden nach Überwindung der Nachkriegsnot die Grundlagen einer «*antifaschistisch-demokratischen Ordnung*» stalinistischer Prägung geschaffen, in der die Versorgung mit Lebensmitteln nahezu ausschliesslich durch private Bauernwirtschaften gesichert worden ist.

Auf der 2. Parteikonferenz der SED (1952) ist die Gründung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) proklamiert worden. Im gleichen Jahr sind die 5 Länder bzw. Provinzen zugunsten von 14 neu geschaffenen Bezirken aufgelöst worden. An die Stelle eines bislang bedingt föderativen Staatsaufbaus trat eine Zentralisierung, die auch im Veterinärwesen «*eine schnelle und genaue Durchführung der Weisungen der zentralen Leitung ... bis in alle Praxen und Gemeinden*» ermöglichen sollte (Thamm, 1980). Die LPG der 50er-Jahre entstanden aus wirtschaftsschwachen Neubauernhöfen und verlassenen Betrieben sogenannter «*Grossbauern*» (ab 30–35 Hektaren LN), gegen die ein regelrechter «*Klassenkampf*» geführt

wurde, was vielfach zu deren Flucht in den Westen führte. Im Jahr 1952 wurden 1,3%, 1955 18% und Ende 1960 über 90% der LN durch LPG bewirtschaftet. In der Endphase der Zwangskollektivierung im Frühjahr 1960 sind widerspenstige Bauern mit vielfältigen Repressionen zur Aufgabe gebracht worden, anderenfalls folgte nicht selten die Inhaftierung (Prange, 2003). Die nun entstandenen LPG waren hinsichtlich der materiellen Basis, der Motivation der «*Genossenschaftsbauern*» und der Führungsqualität zunächst oft schwach und instabil. Die Zusammenstellung des Viehs der Bauern in schnell errichteten Gemeinschaftsställen – oft als sogenannte Offenställe – führte unter den Bedingungen verbreiteter Ernährungs- und Pflegemängel nicht selten zur Ausbreitung von Infektionskrankheiten und hier insbesondere der Tuberkulose und Brucellose. Die Defizite wurden durch staatliche Steuer-, Kredit- und Betriebsmittelvergünstigungen, durch Freistellung von der Pflichtablieferung («*Soll*»), durch vom Staat getragene tierärztliche Versorgung, durch den Aufbau von «*Maschinen-Ausleihstationen*» (MAS), später von «*Maschinen-Traktoren-Stationen*» (MTS) sowie durch Ernteeinsätze der «*Werk tätigen*» und Studenten ausgeglichen (Klemm, 1978; Struwe, 1997).

Die Landwirtschaft beanspruchte auch in den folgenden Jahren die ungeteilte Aufmerksamkeit von Partei und Regierung. Durch Betriebszusammenschlüsse, eine strenge Spezialisierung auf Tier- oder Pflanzenproduktion und weitere strukturelle Veränderungen entstanden in den 1970er-Jahren in der Tierproduktion industriemässig produzierende Grossbetriebe als Volkseigene Kombinate für Industrielle Mast (KIM), als Zwischengenossenschaftliche Einrichtungen bzw. Zwischenbetriebliche Einrichtungen der Tierproduktion (ZGE-T, ZBE-T), als Kooperative Einrichtungen der Tierproduktion (KOE-T) sowie vor allem als auf die Tierproduktion spezialisierte LPG-T bzw. VEG-T. Die Betriebe der Pflanzenproduktion bewirtschafteten in der Regel mehrere tausend Hektar Land. Das war eine Periode der wissenschaftlich-technischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Konsolidierung (Burckhardt, 1997). Die Tierhaltung war

Tabelle 1: Veränderungen der Strukturen und Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe in der DDR (ohne Gärtnereien).

Jahr	Privatbetriebe	LPG-Betriebe		Zwischengenossensch. Betriebe	Staatsbetriebe	
		Typ I/II	Typ III		VEG	KIM
1950	855 624	0	0	0	559	0
1960	< 1000 <sup>1</sup>	12976	6337	0	669	0
1970	< 200 <sup>1</sup>	3385	5524	?	511	0
1986	< 100 <sup>1</sup>	0	Pflanze: 1.152 Tier: 2.378	201	588	246

<sup>1</sup> geschätzt

Tabelle 2: Anzahl vorprojektierter «Angebotsprojekte» für von Rinder- und Schweinegrossanlagen mit ihren Tierplätzen<sup>1</sup>.

	LPG, ZGE (ab etwa 1968)		KIM, KOE u. a. (1970er-Jahre)	
	Tierplätze	Anlagen ca.	Tierplätze	Anlagen ca.
Kühe	616, 1232, 1930, 3860	166	—	
Kälberaufzucht	1600, 3200	27	—	
Jungrinderaufzucht	2240, 4480	29	—	
Mastrinder	530–5000	?	bis 20000	2
Sauen (mit Ferkeln bis 35 kg)	1275, 2550	75 <sup>2</sup>	6500	8 <sup>2</sup>
Mastschweine (ab 35 kg)	6000, 12480 u. a.	55 <sup>2</sup>		
Komplexanlagen	—	—	6500 (S)+42000 (M) 13000 (S)+84000 (M)	4 <sup>2</sup>

<sup>1</sup> Konzentration der Legehennen in Betrieben mit bis zu 1.5 Mio. und der Mastbroilererzeugung mit bis zu 1 Mio. Tierplätzen, die sich an auseinander gerückten Standorten derselben Anlage befanden.

<sup>2</sup> Anzahlen sind unsicher.

nun durch intensive Haltungsformen und hohe Tierkonzentrationen am Standort bestimmt. Mit rund 1.2 Grossvieheinheiten (GVE) je Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche blieb die Gesamtdichte der Nutztierhaltung allerdings hinter der der Bundesrepublik (ca. 1.5 GVE/ha) deutlich zurück. Neben den grossen genossenschaftlichen, staatlichen und zwischenbetrieblichen Tierhaltungen existierte eine kleine «individuelle Viehhaltung», die bis zu 5% des Mastaufkommens bei Rind und Schwein und einen höheren Anteil des Eieraufkommens erbrachte. Den Genossenschaftsbauern waren neben privatem Gartenland ca. 0.25 Hektar Acker ihres früheren Besitzes zur Eigennutzung zugestanden. Die Veränderungen der Landwirtschaftsstrukturen zwischen 1950 und 1986 sind in Tabelle 1, die Art und Anzahl der später errichteten Grossanlagen für Rinder und Schweine in Tabelle 2 dargestellt.

## Reorganisation des Veterinärwesens in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)

Nach der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 leitete die sowjetische Besatzungsmacht (OSMAD) die Neuordnung des öffentlichen Veterinärwesens ein. Im August 1945 wurden Veterinärabteilungen in den neugebildeten Deutschen Zentralverwaltungen für Land- und Forstwirtschaft sowie für das Gesundheitswesen eingerichtet. Die Kreistierärzte wurden bis November 1945 in die Kreisverwaltungen eingegliedert. Die vorhandenen Veterinäruntersuchungs- und Tiergesundheitsämter, Forschungseinrichtungen und tierärztlichen Ausbildungsstätten in Berlin und Leipzig nahmen ihre Arbeit zwischen November 1945 und August 1946 wieder auf. Auch die Tierseuchenbekämpfung wurde sehr bald durch erste Befehle der OSMAD reorganisiert (Heinicke,

1985; Azar, 2000). Die Zahl der Nutztiere wie auch die der Tierärzte war kriegsbedingt auf etwa zwei Drittel der Vorkriegszahlen abgesunken. In den öffentlichen Dienst wurden zunächst nur wenige frühere Amtsträger übernommen. Bald musste aber doch auf vormalige Kreistierärzte zurückgegriffen werden, was nach Abschluss der Entnazifizierung im April 1948 in vielen Fällen möglich war. Mangels Autos und Treibstoff wurden den Kreistierärzten im Februar 1946 450 Pferde zur Verfügung gestellt (Azar, 2001).

Eine umfassende Konzeption zur Reorganisation des Veterinärwesens legte die Hauptabteilung Veterinärwesen der provisorischen Zonenregierung (Deutsche Wirtschaftskommission) der Unterabteilung Veterinärwesen der sowjetischen Militärverwaltung im Juli 1949 vor. Hierin waren neben den aktuellen Aufgaben der tierärztlichen Verwaltung und Versorgung bereits staatliche Abschnittstierärzte, hauptberufliche Veterinärhelfer und «veterinär-sanitäre Stützpunkte» vorgesehen (Azar, 2001). Damit zeichnete sich der weitere Weg für den tierärztlichen Beruf unter sowjetischem Einfluss bereits frühzeitig ab.

## Entwicklung des Veterinärwesens in der DDR

Nach Gründung der DDR im Oktober 1949 wurde bei Beibehaltung der freien Niederlassung die Durchführung tiergesundheitslicher Reihenuntersuchungen (Zuchthygiene Rind, prophylaktische Impfungen und Diagnostik) abschnittsweise den praktizierenden Tierärzten zugeordnet, die ab 1953/54 den neu entstehenden LPG als «Vertragstierärzte» zugewiesen wurden. Drei Verordnungen (1951, 1952 und 1954) zur weiteren Entwicklung des Veterinärwesens erbrachten die gesetzlich abgesicherte Stärkung der

Veterinärverwaltung auf allen Ebenen, die Erweiterung der tierärztlichen Ausbildungskapazität an den Universitäten Berlin und Leipzig, die Ausbildung einer grossen Zahl von Veterinärhelfern, die Errichtung von 12 grossen Bezirkstierkliniken, die Fertigstellung von 7 Veterinäruntersuchungsämtern und die Errichtung von 10 Tierkörperbeseitigungsanstalten (Theile, 1952; Hüssel, 1965; Wernicke, 2000; Azar, 2001). Durch diesen massiven Ausbau der Institutionen wurden langfristig tragende Strukturen für das Veterinärwesen geschaffen, die mit Hilfe von personell gut bestückten Tiergesundheitsdiensten bis in die LPG und VEG hinein wirkten. Diese personell und materiell seinerzeit modern und grosszügig ausgestatteten Einrichtungen entwickelten sich letztlich zu wissenschaftlichen Bezirkszentren des Veterinärwesens, in denen Klinik, Diagnostik, Beratung und angewandte Forschung in vorteilhafter Weise vereint waren (Kretzschmar et al., 1994; Mieth und Prange, 1997).

Die Gründung der «Wissenschaftlichen Gesellschaft für Veterinärmedizin» (WGV) erfolgte nach Zustimmung der SED und DDR-Regierung im Januar 1954. Als einzige eigenständige tierärztliche Vereinigung übernahm die WGV unter konsequenter Parteikontrolle die Veranstaltung von Tagungen sowie die Fort- und Weiterbildung, die von Fachkommissionen organisiert wurde. Die Mitarbeiter des Veterinärwesens waren der Gewerkschaft des Gesundheitswesens, später der Landwirtschaft zugeordnet, in der sich in den Anfangsjahren gewisse Elemente der beruflichen Selbstverwaltung entwickelten (Burckhardt, 1997). Im April 1961 beschloss der DDR-Ministerrat eine Reihe bemerkenswerter Massnahmen, unter anderem zur «Förderung der veterinärmedizinischen Intelligenz» (Azar, 2001). Dadurch wurde einer zunehmend kritischen Situation, bedingt durch die massenhafte Flucht in den Westen (1958 bis 1961 alleine ca. 710 000 Menschen), durch einige Zuge-

ständnisse zu begegnen versucht (Tab. 3). Nach 1961 gelang allmählich eine Stabilisierung der DDR-Wirtschaft, so dass nach dem VI. Parteitag der SED (1963) der «umfassende Aufbau des Sozialismus» schrittweise in Angriff genommen werden konnte (Schlegel und Kurtz, 1966). Die uneingeschränkte politische und ökonomische Macht lag beim Politbüro der SED, das dem Zentralkomitee der SED und der Regierung vorgesetzt war und eine autokratische Herrschaftsstruktur durchsetzte.

Im Juni 1962 ist von der obersten Volksvertretung, der «Volkskammer», das Gesetz über das Veterinärwesen beschlossen worden. Es bildete die Grundlage der künftigen Veterinärgesetzgebung und wies dem tierärztlichen Beruf mit erweiterten Aufgaben und Vollmachten seinen Platz innerhalb der sozialistischen Gesellschaft zu (Schulze, 1962). Ein Ministerratsbeschluss vom November 1963 definierte die Leitungsaufgaben des Veterinärwesens sowie inhaltliche Schwerpunkte des tierärztlichen Berufes (Azar, 2001), an dessen Basis die völlige Verstaatlichung der Privatpraxen noch durchzusetzen und die Einrichtung von Betriebstierarztpraxen vorzusehen war. Für die Folgejahre wurde die Ausbildung einer grossen Zahl von Tierärzten (ca. 1370) und Veterinärtechnikern (ca. 5000) festgelegt; das vorgesehene Ziel ist allerdings in der vorgesehenen Zeit nicht erreicht worden. Um eine engere Bindung an die landwirtschaftlichen Strukturen zu erreichen, wurden die Veterinärverwaltungen der bisherigen Räte der Bezirke und Kreise im Frühjahr 1963 in Produktionsleitungen der Landwirtschaftsräte als «Haupttierarzt-Bereiche» eingeordnet (Schiller und Wilisch, 1965). Die Aufgaben der Lebensmittel- und Schlachthofhygiene sind zu «Veterinärhygiene-Inspektionen» zusammengefasst worden, die erweiterte Zuständigkeiten für den Handel und die verarbeitende Industrie erlangten. Erst in den 80er-Jahren entstand wieder eine Abteilung Veterinärwesen als selbständiges Fachorgan der Räte der Bezirke und Kreise (Krössner, 1994; Azar, 2001), nachdem zum Ende der 70er-Jahre bereits entsprechende Referate gebildet waren.

Unter den Bedingungen einer straffen, zentralistischen Leitung wurden in den 60er und 70er-Jahren Vorschriften aller Art in grosser Vielfalt erarbeitet, die die Tierseuchenbekämpfung, Hygienemassnahmen in der Tierhaltung und im Lebensmittelverkehr, die Datenerfassung und -bearbeitung sowie die staatlichen Praxen und deren Tätigkeiten regelten. Thamm nennt 1980 hierzu 195 Detailvorschriften. Neue Statuten gab es für die Veterinär-Hygiene-Inspektionen, den Veterinärhygienischen Verkehrsüberwachungsdienst, für einige Forschungsinstitute sowie für die Bezirksinstitute für Veterinärwesen (BIV), die in den Bezirken aus dem jeweiligen VUTGA und der

Tabelle 3: Zugeständnisse des Staates an die veterinärmedizinische Intelligenz vor der Grenzsicherung.

#### 1950er-Jahre

- Einzelvertrag für unentbehrliche Spezialisten (50er/60er Jahre): individuelles Gehalt, Zusicherung gehobener Ausbildung der Kinder
- Zusatzaltersversorgung für die Intelligenz (ab 1951): 60% der Nettozüge

#### 1956 bis 1959

- Angleichung der Gehälter an die des Gesundheitswesens
- Nebenverdienste in umgewandelten Staatspraxen
- staatliche Altersversorgung für Privatpraktiker

#### 1960/1961

- weiterhin freiwillige Umwandlung der Privatpraxen
- Bezahlung des Bereitschaftsdienstes nach Humanitarif
- Einführung der «Ehrentitel» Ober-, Veterinärarzt

Tierklinik zwischen 1967 und 1974 gebildet worden waren (Schwedler, 1974; Azar, 2000).

Ab 1968 wurden die Forschungskapazitäten des Landes in den «Forschungskooperationsgemeinschaften» für «Erregerbedingte Krankheiten der Nutztiere» (Leitinstitut Dessau) und für die «Hygiene der Tierproduktion» (Eberswalde) gebündelt. Diese Forschungsverbände erarbeiteten in grundlagennaher bis sehr angewandter Forschung die Voraussetzungen für die erfolgreiche Bewirtschaftung von Tieranlagen, wie sie in den nun errichteten Grössen zuvor nicht bekannt gewesen waren. Die dem Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen unterstellten tierärztlichen Aus-

bildungsstätten blieben als Fakultäten zunächst in gewisser Distanz zur Landwirtschaft, bis sie 1968 ihre Selbständigkeit verloren. Im Interesse grösserer Produktionsnähe wurden mit den Agrarfakultäten die Sektionen Tierproduktion und Veterinärmedizin an den Universitäten Leipzig und Berlin (Ost) als «Bestandteil der Grundstudienrichtung Agraringenieurwesen-Tierproduktion» gebildet (Kautzsch, 1993). Das inhaltliche Gewicht der Tiermedizin bewahrte dem Beruf aber auch in jener Zeit die eigene Identität innerhalb der Sektion.

Zum 1. Januar 1972 wurde aus der Produktionsleitung des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Nah-

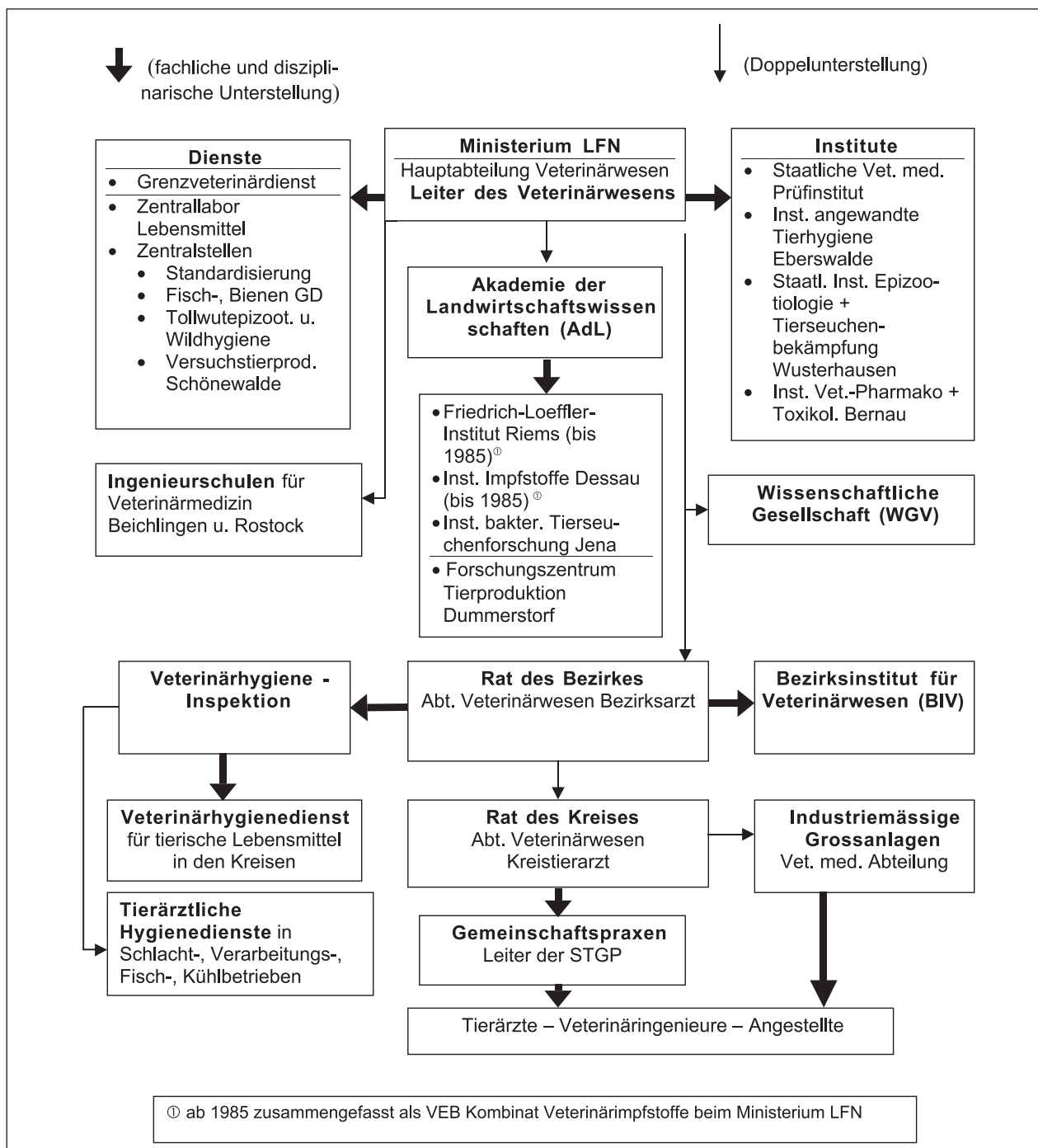


Abbildung 1: Struktur der Veterinärverwaltung und der veterinärmedizinischen Institutionen (Mitte 1980er-Jahre).

rungsgüterwirtschaft wieder ein Ministerium (MLFN) gebildet, in dem das Veterinärwesen mit einer Abteilung, ab 1984 in Form einer Hauptabteilung vertreten war (Azar, 2001). Dem «Leiter des Veterinärwesens» waren die inzwischen rückbenannten Bezirks- und diesen die Kreistierärzte unterstellt. Die Strukturen und Institutionen sind in der Abbildung 1 für die Ministerial-, Bezirks- und Kreisebene dargestellt.

Das Vorgehen bei hochakuten Tierseuchen glich dem in anderen Ländern. Allerdings ermöglichte die Staatswirtschaft weitergehende Sperrmassnahmen für Mensch und Tiere. Die Tilgung chronischer Zoonosen nahm infolge der zu erfüllenden Produktionspläne und der schwieriger austauschbaren grossen Bestände längere Zeit als im Westen in Anspruch. Die Endsanierung der Tuberkulose und Brucellose fiel in die Jahre 1973 bzw. 1974 (Krössner, 1994). Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS, Stasi) war beim Auftreten von Seuchen, bei gehäuften Tierverlusten und sonstigen besonderen Situationen stets durch offizielle Kontakte zu den Amtsträgern und durch inoffizielle Informationen der verdeckten Mitarbeiter gewissermassen doppelt beteiligt. Die Stasi kontrollierte damit auf allen Ebenen die eigenen Genossen und Verwaltungen, wobei – im Feindbild befangen – über die Sachverhalte hinausgehend die beteiligten Personen bis in die Privatsphäre hinein auf deren Gesinnung und eventuelle Westkontakte, auf Nachlässigkeiten oder gar Sabotageakte durchleuchtet wurden (Prange, 1995, 1999). Der Tierschutz war im DDR-Sozialismus angesichts des Produktionsprimats und der gesteuerten Medien kein ernsthaftes Thema. Daher konnten tierschutzrelevante Betrachtungsweisen nicht zur Politikreife entwickelt werden, bis 1990 das bundesdeutsche Tierschutzgesetz übernommen worden ist. Die damaligen Defizite werden zum Beispiel daran erkennbar, dass die Zahl der vorhandenen Tierheimplätze nach 1990 um das Zehnfache erweitert worden ist. Dem gesundheitlichen Verbraucherschutz ist in der DDR ein hoher Stellenwert beigemessen

worden, auch wenn zeit- und wirtschaftsabhängige Abstriche zugelassen wurden. Die Veterinärhygieneinspektionen waren personell gut ausgestattet.

Prinzipielle Unterschiede zwischen DDR und Bundesrepublik betrafen

- den wesentlich höheren Personalstand in allen Bereichen,
- die Zusammenfassung aller Fachbereiche in einer Abteilung des Landwirtschaftsministeriums,
- die gleichzeitige staatliche Zuständigkeit für alle hoheitlichen und wirtschaftlichen Aufgaben.

Das Veterinärwesen der DDR wurde seinerzeit als «ein wissenschaftlich geleitetes, zweckmässig organisiertes und im Wesentlichen gut ausgerüstetes Organ der Staatsmacht und der Volkswirtschaft» verstanden (Thamm, 1980; Schwedler, 1985). Die zentralistische Administration führte aber auch zur Einschränkung der Eigeninitiative, der Interessenvertretung und der innerberuflichen Demokratie (Burckhardt, 1997).

## Berufe im Veterinärwesen

Der Bedarf an technischen Mitarbeitern auch in der tierärztlichen Praxis folgte aus der allgemeinen Verstaatlichung, die veränderte Aufgaben und Zuständigkeiten mit sich brachte. Zwischen 1954 und 1972 wurden bereits 922 Veterinärhelfer und 1375 Veterinärtechniker qualifiziert, von denen die knappe Hälfte durch Weiterbildung in den nächsthöheren Status aufgerückt war. In der Zeit zwischen 1954 und 1992 wurden danach – ohne VMTA – insgesamt über 6000 Veterinärtechniker (VT) und -ingenieure (VI) an den Ingenieurschulen in Beichlingen und Rostock ausgebildet (Günther, 1979; Mieth et al., 2001). Ausserdem erlernten 917 Personen zwischen 1975 und 1981 den Beruf eines Facharbeiters für Veterinärtechnik, der in Grossanlagen die Massentätigkeiten durchführte (Tab. 4). Während in den 1960er-Jahren mehr Veterinärtechniker in Verwaltung und Untersu-

Tabelle 4: Ausbildung technischer Mitarbeiter des Veterinärwesens (Mieth et al., 2001).

Berufsbezeichnung	ausgebildete Personen	Zeitraum	Art der Ausbildung
Veterinär-, Gesundheitshelfer <sup>1</sup>	922	1954–63	3- bis 6-Monatslehrgänge
Veterinärtechniker <sup>1</sup>	1375	1955–71	Zweijahres-Direktausbildung
Vet.-med. technische Assistentin <sup>1</sup>	588	1949–72	6-Monatslehrgänge, Einjahresausbildung
Veterinäringenieure			
• Tierproduktion	3130	1969–92	Dreijahres-Direktstudium
• Labordiagnostik	450	1973–92	
Lehrberufe			
• Facharbeiter für Veterinärtechnik	917	1975–81	2 Jahre Lehrzeit bzw. Erwachsenenqualifizierung
• Biologielaborant	1757	1972–91	

<sup>1</sup> etwa die Hälfte dieser Berufe wurde zu Veterinäringenieuren weiterqualifiziert.

chungsweisen als in der Praxis tätig waren, arbeiteten 1989 etwa zwei Drittel aller Veterinäringenieure in der Praxis bei einer Tierarzt-Ingenieur-Relation (regional unterschiedlich) von 1:0.5–1.0. Dieses Verhältnis lag 1960 noch bei 1:0.02, 1970 bei 1:0.22, 1980 bei 1:0.50 und 1994 in den nun wieder privaten Einzelpraxen bei 1:0.08 (Prange, 1992 a; Mieth et al., 2001).

## Entwicklung der tierärztlichen Praxis

Die Privatpraxen erbrachten auch nach der Vollkollektivierung der Landwirtschaft bei festen Betreuungsbereichen immer noch vergleichsweise höhere Einnahmen. Deren Verstaatlichung war jedoch eine Frage der Zeit (Hussel, 1965). Couragierter Widerstand, finanzielle Engpässe der Kreisverwaltungen und gelegentlich auch kollegiale Rücksichtnahme erklären die eher verhaltene Umwandlung der Privatpraxen (Abb. 2). Während die Errichtung staatlicher Praxen in den angrenzenden Ostblockstaaten zügig abgeschlossen wurde (CSSR 1951, Polen 1953 [Theile, 1953]), ist man in der DDR angesichts der offenen Grenze behutsamer vorgegangen. Seit Juli 1955 war die Niederlassungsfreiheit eingeschränkt, 1957 wurden die letzten Privatpraktiker zugelassen. Wenige SED-verbundene Tierärzte hatten bereits 1955 ihre Privatpraxis in eine Staatliche Tierarztpraxis (STP) umgewandelt. Ihr vorausseilendes Bekenntnis zur sozialistischen Entwicklung wurde in der Regel sehr bald durch Berufung in höhere Funktionen (z. B.

als Bezirkstierärzte) belohnt (Azar, 2001). Die Zahl der Staatspraxen stieg danach kontinuierlich an (Abb. 2). Eine «Anordnung über die Errichtung und Organisation der Staatlichen Tierarztpraxis» regelte alle wesentlichen Einzelheiten (GBl. Teil II 1955, Nr. 39). Den frühen Staatspraxen waren private Nebenverdienste für einige Jahre zugestanden, die ab 1959 schrittweise abgebaut wurden. Im Rahmen einer Berufslenkung sind die Absolventen, von denen die meisten während des Studiums ein staatliches Stipendium erhalten hatten, in eine Arbeitsstelle eingewiesen worden, an die sie für drei Jahre gebunden waren. 1957 waren 91% aller Praxen privat bei einem Klientel von über 6300 Grossvieheinheiten (GVE); 1959 wurden 56%, 1962 36% und 1964 25% der Praxen privat betrieben. Die in der Landwirtschaft tätigen Privatpraktiker mussten spätestens Ende der 1970er-Jahre aufgeben, nachdem der Niederlassung im Juli 1978 die Rechtsgrundlage entzogen wurde. Inzwischen war der mittlere Betreuungsumfang je praktizierenden Tierarzt auf etwa 3000 GVE abgesunken, bei mehr Tieren in den STGP als in den Betriebsabteilungen. Damit bestanden geeignete Voraussetzungen für eine intensivere Herdendiagnostik, Pro- und Metaphylaxe sowie Leitungstätigkeit in den zunehmend grösseren Betrieben (Schwedler, 1981; Kautzsch, 1993).

In einer Pressekampagne der SED, beginnend im November 1962 mit einem öffentlichen Aufruf eines VEG-Direktors, wurde versucht, angesichts des tatsächlichen Widerspruchs einer kollektivierten Land-

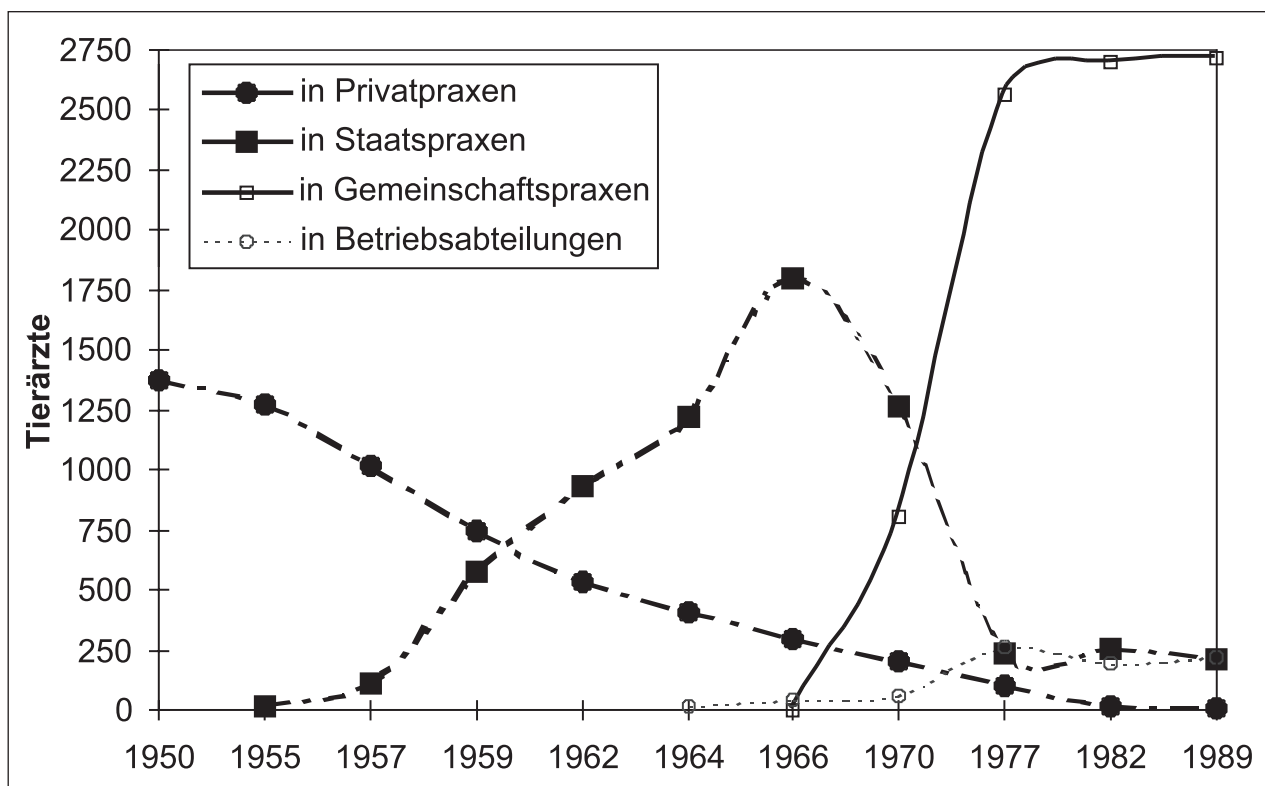


Abbildung 2: Anzahl der Tierärzte in unterschiedlichen Praxisformen von 1950 bis 1989.

wirtschaft auf der einen und der durchgehend einzeln und dabei teilweise privat betriebenen Praxen auf der anderen Seite die Eingliederung der Tierärzte in die LPG bzw. VEG durchzusetzen («Neues Deutschland» vom 13. November 1962). Dieses Vorhaben konnte aufgrund der örtlichen Bedingungen und der ablehnenden Haltung in der tierärztlichen Berufsgruppe nicht wie geplant verwirklicht werden, 1965 war die Höchstzahl von 27 Betriebsärzten erreicht. Dennoch wurde im Sinne des «Prinzips der Einheit von Hygiene und Produktion» auf vielen Ebenen enger an die landwirtschaftliche Erzeugung herangerückt. Als Alternative zu den Betriebstierärzten, die später nur in einem kleineren Teil der Grossanlagen eingesetzt wurden und deren Zahl ab 1977 stagnierte (s. Abb. 2), wurde schon 1962/63 die Kollektivpraxis als «höhere Form der tierärztlichen Tätigkeit» parteiintern vorbereitet (Azar, 2001). Während die Verstaatlichung privater Praxen einen politischen und wirtschaftlichen Hintergrund hatte, war der Zusammenschluss Staatlicher Tierarztpraxen zu Staatlichen Tierärztlichen Gemeinschaftspraxen (STGP) Anfang der 70er-Jahre nicht viel mehr als ein Verwaltungsakt, der regional unterschiedlich schnell umgesetzt worden ist.

In den STGP arbeiteten 1980 im Mittel 4.35 Tierärzte und 2 Veterinäringenieure/-techniker. 442 von 620 STGP hatten gemeinsame «Praxisstützpunkte», die meist Arbeitsräume, eine Apotheke und eine Bürokraft umfassten. Inzwischen waren auch Veterinärmedizinische Abteilungen der Grossbetriebe entstanden, die durchschnittlich 1.5 Tierärzte, 2 Veterinäringenieure/-techniker und 2.7 sonstige Mitarbeiter hatten (Ulrich, 1999; Azar, 2001). Besetzungsnormative für Grossanlagen sind in Tabelle 5 dargestellt. Auch wenn eine Verfügung von 1977 die Sonderstellung und Weisungsbefugnis des STGP-Leiters festschrieb (Azar, 2001), bestand bis zum Ende der DDR eine grosse Variabilität der tatsächlichen Organisationsform, Arbeitsweise und Leitungsstruktur in den STGP: Die

einen Praxen waren lockere Zusammenschlüsse mit regelmässigen Arbeitsbesprechungen und gemeinsamer Apotheke, die anderen wurden mit engerer Bindung zueinander und einem Arbeitsbeginn am Stützpunkt geführt.

Die Folgen dieser gesteuerten Entwicklung waren vielfältiger Art:

- Innerhalb der Kollegenschaft entstand vielfach eine neue Hierarchie, da eine weitere Leitungsebene zwischen Kreistierarzt und Praktiker eingeschoben worden war. Auf diesem Weg wurde auch hier die «führende Rolle der Partei» gestärkt und der Spielraum des «einfachen Praktikers» oft genug eingeschränkt.
- Die Zuordnung produktionsleitender und die Zunahme betriebshygienischer Aufgaben trugen zweifelsohne zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Betriebe mit ihren Tiergrosanlagen bei.
- Die Gemeinschaftsarbeit und horizontale Arbeitsteilung in den STGP ermöglichten eine geplante und staatlich organisierte Weiterbildung zu Fachtierärzten. Allerdings folgte zeitweilig eine zu starke Trennung der Zuständigkeiten für die verschiedenen Tierarten, wodurch den Vorteilen der Spezialisierung gewichtige Nachteile in der Arbeitsorganisation gegenüberstanden.
- Schliesslich wurde mit den STGP eine Alternative zur völligen Integration der tierärztlichen Praxis in die Betriebe geschaffen. Es kann als ein Verdienst couragierter Tierärzte und Funktionsträger gewertet werden, dass die totale Einschmelzung des tierärztlichen Berufes in den Produktionsprozess verhindert und eine gewisse berufliche Eigenständigkeit bewahrt worden ist.

Mit vorgenannten Entwicklungen war einerseits eine weitere Zunahme der Tierarztichte verbunden (Kautzsch, 1993; Ulrich, 1999). Zum anderen wurde die vertikale Arbeitsteilung innerhalb der praktischen Tiermedizin durch Zuführung von Veterinäringe-

Tabelle 5: Personal in veterinärmedizinischen Abteilungen der Grossanlagen (Stand 1975).

Konzentration an Tieren	Tierärzte	Veterinär- ingenieure	Facharbeiter Vet. Technik	Besamer	Klauen- pfleger
Kühe	1930	1	3	–	2
Kühe	3860	2	4	1	3
Kälber + Jungrinder	1600 4480	1	2	1	1
Rindermast	18000	2	5	3	1
Sauen	1275	1	–	1	–
Sauen	6500	2	7	2	–
Mast	25000	1	1	–	–
Mast	40000	1	1	1	–
Sauen + Mast	6.500 42000	3	8	3	–



Tabelle 6: Dienstdauer der Leiter des Veterinärwesens der DDR im Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft.

Zeitraum	Anzahl Leiter des Veterinärwesens	Dienstdauer/Monate		Parteizugehörigkeiten	Bemerkungen
		$\bar{x}$	von – bis		
1945–50	2	32.5	24–41	parteilos	• 1 × Republikflucht
1951–60	6	19.7	14–36	2 × Blockpartei 4 × SED	• 1 × Republikflucht • 2 × Tod im/nach dem Dienst
1960–90	3	112.7	70–192	3 × SED	• stabilisierte Situation
I–X 1990	1	9.1	–	1 × SED	• übernommen in BRD-Ministerium

nieuren und Facharbeitern für Veterinärtechnik besonders in Grossanlagen vorangetrieben (Mieth et al., 2001). In den 1980er-Jahren änderte sich an den inzwischen stabilen Strukturen wenig. Allerdings wurde die Agrarpolitik insofern modifiziert, als von einem weiteren Ausbau der industriemässigen Tierproduktion abgesehen wurde (Schwedler, 1985). Der Anteil der Betriebstierärzte ging daher zugunsten der STGP geringfügig zurück (s. Abb. 2). Einige der verbliebenen staatlichen und privaten Einzelpraxen befassten sich mit der Betreuung von Klein- und Heimtieren, die kaum mehr als 10% des gesamten Praxisvolumens in der DDR ausmachten. Der geringe, in den 1980er-Jahren aber bereits deutlich ansteigende Kleintieranteil war hierbei dem Primat der Produktionsorientierung geschuldet. Bis in die Gegenwart ist dieser Anteil auf über 50% der Praxis-einkünfte angestiegen.

In Kenntnis vorgenannter Bedingungen ist es verständlich, dass bei Neuordnung der DDR-Landwirtschaft nach der Wende 1989/90 mit Reduzierung der Tierbestände auf 30–50% der Ausgangssituation die tierärztliche Praxis in einen ruinösen Verdrängungswettbewerb geriet, der im Rahmen der Privatniederlassungen zwangsläufig zur Auflösung der STGP, zum Praxisverlust für ein Drittel aller Tierärzte und zur völligen Abdrängung der technischen Mitarbeiter aus den Praxen führte (Prange, 1992b, 1993). Die nun wieder entstandenen Einzelpraxen befinden sich gegenüber den umstrukturierten Grossbetrieben (mit ca. 77% des Viehbestandes) vielfach in einer ungunstigen Defensive. Günstiger war und ist die Situation für die in den Staatsdienst der Bundesrepublik übernommenen Tierärzte und technischen Mitarbeiter (Prange und Fischer, 1992).

## Gesellschaftspolitische Einflüsse auf den Beruf

In den dramatischen Jahren der Endphase der Kollektivierung und der Massenflucht vor Abriegelung der Grenze 1961 waren leitende Berufsfunktionäre offensichtlich starken Belastungen ausgesetzt, worauf die

kurzen Amtszeiten und häufigen Wechsel der Leiter im Ministerium verweisen (Tab. 6; Azar, 2000; Wernicke, 2000). Damals kam es auch zu einem bemerkenswerten Abgang von Tierärzten in den Westen (ca. 225 zwischen 1958 und 1961), was die Staatsmacht zu neuerlichen Zugeständnissen veranlasste (s. Tab. 3). Gleichzeitig wurde in einer parteiinternen Vorlage die Haltung der Tierärzte in Auswertung der «Zentralen Tierärztekonzferenz» (1959 in Leipzig) folgendermassen klassifiziert (Azar, 2001):

- Ein kleinerer fortgeschrittener Teil der Berufsgruppe, der sich aktiv in die «Leitung der sozialistischen Entwicklung» einbringt,
- eine grosse Gruppe schwankender Tierärzte ohne klare gesellschaftspolitische Perspektive und
- «negative Kräfte», die sich gegen die sozialistische Entwicklung stellen.

Nach dem Mauerbau wurde der ideologische Druck auf allen Berufsebenen verstärkt. In einem Kontrollbericht, den der Landwirtschaftsminister in Auftrag gegeben hatte (1962), ist deutliche Kritik geübt worden. Hiernach hätten sich die meisten Tierärzte bislang «mit der Erledigung ihrer fachlichen Arbeit begnügt». Das mangelhafte Engagement des Berufes für den sozialistischen Aufbau wurde auf ein überholtes berufsständiges Denken zurückgeführt (Azar, 2001), das in der Tat vorhanden war und durchgehalten wurde. Jene Kontrollkommission benannte u. a.

- die unpolitische Arbeitsweise zahlreicher «Leitungsorgane», insbesondere der bislang überwiegend parteilosen Amtsträger,
- die daher isolierte Stellung der Bezirks- und Kreis-tierärzte in den örtlichen Staatsorganen mit unzureichender Einbeziehung in die gesellschaftliche Arbeit,
- die unzureichende politisch-ideologische «Erziehung der Tierärzte» innerhalb der obendrein als Standesvertretung falsch verstandenen Gewerkschaft.

Die mangelhafte politische Arbeit der Tierärzte in den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben hatte angeblich eine unzureichende Auseinandersetzung mit auftretenden Defiziten in der Tierproduktion zur

Folge, wodurch «*der Glaube an die sozialistische Perspektive und das Vertrauen der Genossenschaftsbauern zum sozialistischen Aufbau*» beeinträchtigt worden sei. Eine entsprechende Kritik galt auch den grossteils noch parteilosen Direktoren der VUTGÄ und den Hochschullehrern, die «*die klassenbewusste Erziehung und Ausbildung*» der Studenten vernachlässigt hätten.

Mit der Umwandlung der Bezirks- und Kreistierarztstellen in Haupttierarztbereiche der Produktionsleitungen (1963) wurde die führende Rolle der Partei einen grossen Schritt vorangebracht, indem 67% bzw. 20% vorgenannter Funktionsträger nahezu zeitgleich ersetzt worden sind (Azar, 2001). Dieser Personalwechsel zugunsten von SED-Mitgliedern wurde in den Folgejahren fortgesetzt, bis das aus Tabelle 7 ersichtliche Resultat einer allseitig gesicherten Führungsrolle der SED erreicht war. Dem folgten aber langfristige Konsequenzen für die innerparteilichen Verhaltensweisen: Dominierten dort in den vorangegangenen Jahren eher glaubensbestimmte Überzeugungsgenossen, so füllten sich nun die Reihen der SED mit Personen, die entweder dem Kalkül folgten oder einfach dem Werbedruck nachgegeben hatten. Der Parteieintritt entsprach einem – mindestens äusseren – Bekenntnis zur marxistisch-leninistischen Ideologie. Dieses ermöglichte den Aufstieg in Leitungspositionen, die allerdings angesichts der andauernden Reibepunkte zwischen Zielstellung (Doktrin) und Realität (Praxis) ihre eigenen Probleme hatten. Hinzu kam der inhaltliche Widerspruch von verantwortungsbewussten Vertretern des Veterinärwesens gegenüber gesellschaftspolitisch begründeten Umstrukturierungen und Überdimensionierungen der späteren Grossanlagen (Burckhardt, 1997). Tierärzte und unter ihnen besonders die staatlichen Funktionsträger waren überdies eine bevorzugte Zielgruppe des

Ministeriums für Staatssicherheit (Prange, 1995, 1999). Offizielle dienstliche Kontakte und die SED-Mitgliedschaft verringerten in vielen Fällen die Distanz zu den Führungsoffizieren, so dass den Anwerbungen irgendwann nachgegeben und die Schwelle zur inoffiziellen konspirativen Mitarbeit überschritten wurde, was – wie auch immer motiviert – zu einer meist unguten Überanpassung führte. Der insgesamt hohe Anteil an SED-Mitgliedern und inoffiziellen Mitarbeitern des MfS verweist auf die starke gesellschaftspolitische Inanspruchnahme des tierärztlichen Berufes, dessen herausgehobene Bedeutung für den Staat im direkten Einfluss auf die produzierende Landwirtschaft bestand.

Die Entwicklung des Veterinärwesens in der DDR war im Bezug zur Agrarpolitik ein «ständiger Prozess von Förderung, Anpassung und Widerspruch», in dem ein beträchtliches Mass an Selbstbehauptung und Eigenregulierung erhalten blieb und zur seinerzeit optimalen fachlichen Durchdringung der hoheitlichen und wirtschaftlichen Zuständigkeiten führte (Burckhardt, 1997). In offiziellen Verlautbarungen wurde stets von den politischen und fachlichen Erfordernissen gesprochen, womit die Priorität gesetzt und die Subordination von Fachwissen unter die politische Zielstellung sowie von den «Spezialisten» unter die «Leiter» klargestellt war. Das Verhalten damaliger Amtsinhaber bedarf dennoch einer abwägenden Bewertung, denn die ideologisch geprägten Vorgaben konnten vor Ort verschärft, unkommentiert «durchgestellt» oder auch versachlicht und abgeschwächt werden. Zivilcourage war allenthalben nötig, um trotz aller politischen Dogmatik und Borniertheit des Vernünftige zu fördern. Wer solches beabsichtigte, dem galt und gilt – unabhängig davon, ob er/sie Genosse war oder nicht – die Wertschätzung der Kollegenschaft. Zu solchem Verhalten gab es reichlich Gelegenheit, denn die Mitarbeiter waren fast allorts – von wenigen Nischen abgesehen – vielfältigen gesellschaftlichen Inanspruchnahmen und politischen Bekenntnissen ausgesetzt, die viel Zeit, Kraft und Doppelbödigkeit forderten. In Tabelle 8 sind die entsprechenden Vorgaben aufgeführt, die eingefordert wurden. Der Grad ihrer Umsetzung hing von den beteiligten Personen ab, so dass eine differenzierte Bewertung erforderlich ist, die die Kenntnis der lokalen Gegebenheiten voraussetzt.

Aus der engen Bindung der Veterinärmedizin an die Landwirtschaft resultierte eine Mitverantwortung für das Produktionsergebnis. Die hierzu erforderlichen und sonstigen ergänzenden Leistungen wurden durch ein Zusatzgehalt bis max. 400 Mark/DDR pro Monat (ca. 15–20% der Gesamteinkünfte, 4. Nachtrag zum Gehaltsabkommen vom 28.9.1967) finanziert. Ergänzende Berufsinhalte zogen einen massiven Ausbau der Tiergesundheits- und Beratungsdienste (einschliess-

Tabelle 7: Parteizugehörigkeit von Tierärzten in unterschiedlichen Bereichen (Schätzung Ende 1980er-Jahren).

Berufsbereich	Funktion	SED <sup>1</sup> /%
Verwaltung	• Ministerial-, Bezirks-TÄ	100
	• Kreistierärzte	90
Praxis	• Leiter STGP	40
	• Leiter Betriebsabteilungen	60
	• praktizierende Tierärzte	30
Lebensmittel-, Fleischhygiene	• Leiter	30
	• Tierärzte	20
Bezirksinstitute	• Direktoren	93
	• «Spezialisten»	20
Forschungsinstitute	• Direktoren	100
	• Wissenschaftler	40
Universitäten	• Professoren	70
	• Wissenschaftler	50

<sup>1</sup> SED-Mitglieder 1986: DDR-Bevölkerung = 19%, Tierärzte = 31%, Ärzte = 10%, Zahnärzte = 5%

Tabelle 8: Gesellschaftspolitische Einflussnahmen im Beruf.

«Sozialistischer Wettbewerb» zum «Kollektiv der sozialistischen Arbeit»: fortlaufende Kollektivveranstaltungen – Auswertung der «Materialien»: SED-Plena, -Parteitage, Bauernkongresse – Berichterstattungen und Stellungnahmen im «Kollektivbuch» – Abrechnung 2-mal jährlich durch «Wettbewerbskommission» «Kollektiv der deutsch-sowjetischen Freundschaft»: eher pro forma-Aktivitäten
«Partei» – bzw. «Gewerkschaftslehrgang» für Genossen bzw. Nichtgenossen – marxistisch – leninistische «Fortbildung» – etwa monatlich, auch andere Themen
Wehrübungen – «Kampfgruppen der Arbeiterklasse»: 4- bis 6-mal jährlich (Mitglieder aus Forschungsinstituten und Universitäten) oder – Trupps der «Zivilverteidigung»: 4- bis 6-mal jährlich (auch Praktiker) Partei-, Parteileitungs-Versammlungen – monatlich allenorts

lich Bauhygiene, Futtermitteluntersuchung u. a.) sowie der Herdendiagnostik in Grossbeständen mit umfangreichen pathologischen und sonstigen labor-diagnostischen Untersuchungen nach sich (Mieth und Prange, 1997). Diese seinerzeit sinnvollen Massnahmen wurden durch eine oft intensive Teilnahme an Betriebsberatungen und Leitungsaufgaben ergänzt.

## Schlussbemerkungen aus heutiger Sicht

Die Geschichte der DDR-Landwirtschaft hat gezeigt, dass die positiven Traditionen familienbäuerlicher Besitzbindung und Verantwortungsbereitschaft durch einen hohen materiellen und personellen Aufwand – einschliesslich der tiermedizinischen Betreuung – ersetzt werden mussten. Die durch ideologische

Wegweisung geschaffenen Landwirtschaftsstrukturen in Form von Grossbetrieben, die teilweise bis in die heutige Zeit hinein Bestand haben, verlangten adäquate veterinärmedizinische Organisationsformen. Hier waren die STGP eine angemessene Antwort auf die strukturellen und inhaltlichen Herausforderungen.

Ein Versuch der Beurteilung des DDR-Veterinärwesens kann angesichts des geringen historischen Abstandes bestenfalls ansatzweise gelingen. Hierzu sind individuelle, gesellschaftliche und fachinhaltliche Aspekte hinsichtlich ihrer eher positiven bzw. negativen Auswirkungen in den Tabellen 9 und 10 schlaglichtartig aufgeführt. Bis in die Gegenwart wirken die seinerzeit unterschiedlichen, oft konträren Überzeugungen und Einbindungen verschieden positionierter Personen (Brumme und v. Mickwitz, 1997; Heinicke, 2001; Schulze, 2001). Bei der retrospektiven Bewertung des DDR-Veterinärwesens wird gelegentlich versucht, ehemalige Systemunterschiede zwischen Ost und West zu nivellieren und auf Fachinhalte zu reduzieren, was angesichts des gesellschaftspolitischen Gewichts aller Entscheidungen in der DDR nicht der historischen Wahrheit entspricht (Prange, 2001). Es macht einen fundamentalen Unterschied, ob ein Staat mit Hilfe einer totalen politischen und wirtschaftlichen Macht weltanschauliche Verbindlichkeiten vorgibt – «Weltanschauung des dialektischen und historischen Materialismus», ideologisch als «Marxismus-Leninismus» umgesetzt – oder ob der Bürger in einer auf breit verteiltem Eigentum gegründeten und damit weitgehend unabhängigen Wirtschaft für seine Lebensgestaltung selbst zuständig ist. Die grundlegenden Unterschiede beider deutscher Systeme bestanden somit in der zentralistisch geführten Planwirtschaft und im parteilichen Absolutheitsanspruch auf der einen und in der marktwirtschaftlich offenen und weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft auf der anderen Seite.

Bei der Beurteilung der DDR-Wirklichkeit besteht keine Veranlassung, die erbrachten Arbeitsleistungen

Tabelle 9: Berufsbezogene Bewertungen zu inhaltlichen Aspekten.

<b>eher positiv</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• einjährige Pflichtassistenten nach dem Examen und vor der Approbation: Praxis, Schlachthof, freie Wahl</li> <li>• hohe Personaldichte auf allen Ebenen; daher auch Forschung in den Bezirksinstituten</li> <li>• viele Fachtierärzte durch staatliche Weiterbildung: Arbeitsteilung in den STGP</li> <li>• schneller Durchgriff bei Tierseuchen durch ein straff geführtes, einheitliches Veterinärwesen</li> </ul>
<b>eher negativ</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verzögerte Tilgung von TBK, Brucellose, Leukose infolge Produktionsprimat (&gt; 100% Eigenversorgung)</li> <li>• Unterbewertung von Kleintiermedizin und Tierschutz: Definition des Tieres als «Produktionsmittel»</li> <li>• Zentralismus, Staatlichkeit, Administration in extremer Form</li> </ul>
<b>ohne Wertung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• weitgehende Einflüsse in Betrieben: Hygiene und Tiergesundheit, umfangreiche Datenerhebung und -bewertung</li> <li>• leistungsabhängige Zusatzvergütung: maximal 400 Mark/Monat ergänzend zum Gehalt von 1600–2000 Mark</li> </ul>

Tabelle 10: Bewertungen zu gesellschaftlichen und individuellen Aspekten.

**eher positiv**

- Sicherheit eines Arbeitsplatzes, geringe Konkurrenzprobleme
- Überdurchschnittliches Gehalts- und Rentenniveau: ähnlich dem Gesundheitswesen; Altersversorgung für die Intelligenz
- aus der Sicht fachlich tüchtiger Genossen: besondere Förderung und herausgehobene Berufskarriere

**eher negativ**

- Kollektive Nivellierung und persönliche Einengung durch Indoktrination und Politik der Abgrenzung: «Führende Rolle der Partei», «Reisekader»-System, Probleme «Westkontakte» und kirchliche Bindung
- Behinderung der individuellen Entwicklung: Defizite im Selbstwertgefühl und Freiheitsbewusstsein, in Toleranz und Demokratieverständnis
- Abdrängung nichtkonformer Kollegen/innen in untere Arbeitsebenen: Entwicklung einer Nischenmentalität, teilweise mit aktiver Verweigerung → eine Basis der Bürgerbewegungen ab 1988/89, auch im tierärztlichen Beruf

und die hier erfahrenen Lebenswege über- oder unterzubewerten. Es war eine fordernde Zeit, in der Menschen mit eigenen Wertvorstellungen sich unter schwierigen Bedingungen stets aufs Neue bewähren mussten.

Diese Geschichte bleibt so aktuell, wie sie zwei Generationen geprägt hat und über diese – auf freilich sehr verschiedene Art – in die Gegenwart hineinwirkt. Das Leben und Arbeiten in der DDR vollzog sich zwischen den Extremen immerwährender Indoktrination und einer meist wortlosen politischen Verweigerung, innerhalb derer eine durchaus differen-

zierte Vielschichtigkeit bestand. Ein selbst gewähltes Nischendasein war in den späten Jahren bei einiger Bescheidenheit durchzuhalten. Diese Inseln relativer Unabhängigkeit bildeten eine Basis der Selbsterneuerung des tierärztlichen Berufsstandes in der Zeit des Aufbruchs und Neubeginns in den Jahren 1989/90 (Seite, 1990, 1993; Prange 1990, 1992b, 1993; Prange und Fischer, 1993; Lorenz, 1996). Die Autoren sind davon überzeugt, dass eine lebendige Auseinandersetzung mit der jüngeren Vergangenheit notwendig bleibt und Impulse in die Gegenwart und Zukunft einfließen lässt.

## Literatur

*Azar J.*: Die Entwicklung des Veterinärwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und Deutschen Demokratischen Republik 1945–65 unter besonderer Beachtung der Steuerung durch übergeordnete Leitungsebenen. Dissertation, Universität Hannover, 2000.

*Azar J.*: Die Steuerung des Veterinärwesens in der SBZ und DDR 1945–65. In: H. Prange: Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus, Bd. 6. Hrsg. Verlag Dr. Michael Engel, Berlin, 2001.

*Azar J., Prange H.*: Die Konstituierung des öffentlichen Veterinärwesens in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) in den Jahren 1945–47. In: Tiermedizin in der Nachkriegszeit. Hrsg. J. Schäffer. 7. Tagung der DVG-Fachgruppe Geschichte der Veterinärmedizin, 12./13. 11.1999 DVG-Verlag Giessen, 2000, 50–72.

*Brumme M.F., Mickwitz G. v.*: Das Berliner Colloquium «Veterinärmedizin und Probleme der Zeitgeschichte» ... In: Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus. Hrsg. M.F. Brumme und H. Prange, Bd. 2. Verlag Dr. Michael Engel, Berlin, 1997.

*Burckhardt A.*: Grundzüge der Entwicklung des Veterinärwesens der DDR. In: Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus. Hrsg. M. F. Brumme und H. Prange, Bd. 2. Verlag Dr. Michael Engel, Berlin, 1997, 119–123.

*Günther M.*: Die Entwicklung der veterinärmedizinischen Bildungseinrichtung Beichlingen zu einer modernen Lehr- und Forschungsstätte. Mh. Vet.-Med. 1979, 34:730–733.

*Heinicke W.*: Probleme der Produktionswirksamkeit des Veterinärwesens. Mh. Vet.-Med. 1968, 23:402–407.

*Heinicke W.*: Betrachtungen zu den Anfängen des Veterinärwesens während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945 bis 1949. Mh. Vet.-Med. 1985, 40: 290–293.

*Heinicke W.*: Abseitsstehen oder Mitgestalten – Notizen zu einem Berufsleben. In: Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus. Bd. 6. Hrsg. H. Prange. Verlag Dr. Michael Engel, Berlin, 2001, 403–419.

*Hussel L.*: Tierärztliches Wirken für Staat und Volkswirtschaft – offizielle Grundlagen und gesetzlicher Rahmen. In: Tierarzt und Recht in der Deutschen Demokratischen Republik. VEB Gustav Fischer Verlag, Jena, 1965, 13–34.

*Kautzsch S.*: Statische Untersuchungen zur Struktur der Tierärzteschaft in der ehemaligen DDR. Manuskript vielf., 1993, 9 S.

*Klemm V., Hrsg.*: Agrargeschichte. Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR. VEB Deutscher Landwirtschaftsverlag, Berlin, 1978.

*Krebs C.:* Der Weg zur industriemässigen Organisation der Agrarproduktion in der DDR – die Agrarpolitik der SED 1945–1960. Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn, 1989.

*Kretzschmar Ch., Wörseck M., Rüdfele E., Trolldenier H.:* Bezirksinstitute für Veterinärwesen (BIV) und Staatliches Veterinärmedizinisches Prüfungsinstitut (SVP). In: Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus, Bd. 3. Hrsg. M. Brumme u. H. Prange. Verlag Dr. Michael Engel, Berlin, 1994.

*Krössner E.:* Chronik des Veterinärwesens und der Tiergesundheit im Gebiet des Kreises Schmölln. Manuskript unveröff., 1994, 93 S.

*Lorenz H.-J.:* Verband der Tierärzte in der DDR (1989–1991). Dissertation Tierärztliche Hochschule Hannover, 1996.

*Lötsch D., Schulze D., Hrsg.:* Grundriss der Staatsveterinärkunde. 2. Aufl., VEB Gustav Fischer Verlag, Jena, 1980.

*Mieth K., Prange H.:* Bezirkstierkliniken und Universitäts-tierkliniken landwirtschaftlicher Fakultäten in der DDR. In: Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus. Bd. 3. Hrsg. H. Prange und M. Brumme. Verlag Dr. Michael Engel, Berlin, 1997.

*Mieth K., Azar J., Prange H.:* Der Veterinäringenieur und weitere Berufe im Umfeld der Tiermedizin in der DDR. In: Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus, Bd. 5. Hrsg. H. Prange und A. Idel. Verlag Dr. Michael Engel, Berlin, 2001.

*Prange H.:* Offener Brief zur Erneuerung der Strukturen und zur Besetzung der leitenden Positionen im Veterinärwesen der DDR. Beilage Mh. Vet.-Med. 1990, Jahrgang 45.

*Prange H.:* Zum Beruf des Veterinäringenieurs und dessen Verbleib in Thüringen. Tierärztl. Umschau 1992a, 47:922–925.

*Prange H.:* Zur Situation des tierärztlichen Berufes in Thüringen. In: Thüringer Ministerium für Soziales und Gesundheit, Abt. Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung und Landestierärztekammer Thüringen (Hrsg.): 1. Thüringer Tierärztetag 1991. Kranichfeld, 1992b, 25–54.

*Prange H.:* Veränderungen in der tierärztlichen Praxis Thüringens. Tierärztl. Umschau 1993, 48:84–89.

*Prange H.:* Veterinärmedizin und Staatssicherheit – der inoffizielle Mitarbeiter und sein Erscheinungsbild. In: M. F. Brumme (Red.): Veterinärmedizin im Sozialismus. Ein Beruf im politischen und gesellschaftlichen Spannungsfeld. Fachtagung der DVG, 28./29.10.1994, Berlin. DVG-Verlag, Giessen, 1995, 89–147.

*Prange H.:* Das gesellschaftliche Umfeld tierärztlicher Tätigkeit in der DDR – eine kritische Nachbetrachtung. In: Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus, Bd. 3. Hrsg. H. Prange u. M. Brumme. Verlag Dr. Michael Engel, Berlin, 1997, 255–263.

*Prange H.:* Aktivitäten des Staatssicherheitsdienstes der DDR bei tiergesundheitlichen Schadensereignissen. Tierärztl. Umschau 1999, 54:386–392 und 646–656.

*Prange H.:* Mitgliedschaften von Tierärzten und Veterinäringenieuren in Parteien vor 1990. In: Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus, Bd. 5. Hrsg. H. Prange u. A. Idel, 2001a, S. 90.

*Prange H.:* Das Veterinärwesen der DDR – Gedanken und Zeugnisse zu einer bewegten und schicksalhaften Zeit. In: Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus, Bd. 6. Hrsg. H. Prange. Verlag Dr. Michael Engel, Berlin, 2001b, 421–443.

*Prange H.:* Bauernschicksale auf dem Weg zum Sozialismus. In: Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus, Bd. 7. Hrsg. H. Prange u. J. Azar. Verlag Dr. Michael Engel, Berlin, 2003 (in Vorbereitung).

*Prange H., Fischer L.:* Entwicklung des öffentlichen Veterinärwesens in Thüringen seit der Wende 1989. In: Thüringer Ministerium für Soziales und Gesundheit, Abt. Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung und Landestierärztekammer Thüringen (Hrsg.): 1. Thüringer Tierärztetag 1991. Kranichfeld, 1992, 160–177.

*Schiller H.-J., Wilisch J.:* Aufgabenstellung und Arbeitsweise der Haupttierärzte in den Produktionsleitungen der Landwirtschaftsräte. In: Tierarzt und Recht in der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. L. Hüssel. VEB Gustav Fischer Verlag, Jena, 1965, 119–124.

*Schlegel W., Kurtz A.:* Das Veterinärwesen im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung in der Landwirtschaft. Mh. Vet.-Med. 1996, 21:961–969.

*Schulze, D.:* Das Gesetz über das Veterinärwesen und die Aufgabe der Tierärzte. Mh. Vet.-Med. 1962, 17: Beilage Nr. 1.

*Schulze D.:* Die Leitung des Veterinärwesens in den Jahren bis 1965 im Rückblick ... . In: Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus, Bd. 6. Hrsg. H. Prange. Verlag Dr. Michael Engel, Berlin, 2001, 385–402.

*Schwedler H.:* Die Erfüllung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED im Veterinärwesen. Mh. Vet.-Med. 1974, 29: 722–727.

*Schwedler H.:* Bilanz im Veterinärwesen zu Ehren des 10. Parteitages der SED. Mh. Vet.-Med. 1981, 36:241–247.

*Schwedler H.:* Die Entwicklung und weiteren Aufgaben des sozialistischen Veterinärwesens der DDR. Mh. Vet.-Med. 1985, 40:793–797.

*Seite B.:* Zur Lage und Konstituierung des tierärztlichen Berufsstandes in der DDR. Dtsch. Tierärzteblatt 1990, 38:327.

*Seite B.:* Es wird und muss weniger Tierärzte geben. Prakt. Tierarzt 1993, 74:360–361.

*Struwe R.:* Wurzeln und Herausbildung der staatlichen Tierarztpraxis als Organisationsform tierärztlicher Tätigkeit in der DDR. In: Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus, Bd. 2. Hrsg. M. Brumme und H. Prange. Verlag Dr. Michael Engel, Berlin, 1997, 93–100.

*Thamm H.:* Zur Geschichte des Veterinärwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Mh. Vet.-Med. 1980, 35:721–729.

*Theile H.:* Veterinärverwaltung der DDR. Mh. Vet.-Med. 1952, 7:220.

*Theile, H.:* Das Veterinärwesen in der Volksrepublik Polen. Mh. Vet.-Med. 1953, 8:511–512.

*Trolldenier H.:* Die Überwachung eines Wissenschaftlers durch den Staatssicherheitsdienst. Resultat einer Akteneinsicht. In: Veterinärwesen und Tiermedizin, Bd. 1. Hrsg. M. Brumme u. H. Prange. Verlag Dr. Michael Engel, Berlin, 1994, 194–200.

*Ulrich U.:* Rekonstruktion der Statistik des tierärztlichen Berufes in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik (1945 bis 1989). Dissertation Freie Universität Berlin, 1999.

*Wernicke R.:* Die zentrale Veterinärverwaltung in der SBZ und DDR und ihre Leiter (1945–1960). In: Tiermedizin in der Nachkriegszeit. Hrsg. J. Schäffer. DVG-Verlag, Giessen, 2000, 266–303.

---

### Korrespondenzadresse

Prof. Dr. H. Prange und Dr. J. Azar, Professur für Tierhygiene mit Tierklinik der Landwirtschaftlichen Fakultät, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Emil-Abderhalden-Str. 28, D-06108 Halle  
Tel. (03 45) 5 52 25 01, Fax (03 45) 5 52 71 15, E-mail: prange@landw.uni-halle.de

*Manuskripteingang: 3. April 2002*

*In vorliegender Form angenommen: 15. Mai 2002*